

21. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

7./8. Dezember 2002, Hannover, Eilenriedehalle

Grüne

Beschluss

Keine völkerrechtswidrige Unterstützung eines militärischen Alleingangs der USA und Großbritanniens gegen Irak

Im Falle eines sogenannten „präventiven Angriffskrieges“ der USA gegen den Irak ohne UN-Mandat stellen wir an die Bundesregierung folgende Forderungen:

Deutschland formuliert – im Rahmen der europäischen Verbündeten – einen deutlichen Widerspruch zur US-amerikanischen Politik „präventiver Selbstverteidigung“.

Die deutsche Bundesregierung erteilt – auf dem Boden des Grundgesetzes – ein definitives Nutzungsverbot für den geplanten Präventivkrieg der USA gegen den Irak. Dies schießt eine Verweigerung der Überflugsrechte, eine Nutzung der auf deutschem Boden gelegenen Infrastruktur wie Flugplätze, US-Kommandoeinrichtungen (z.B. US-EUCOM IN Stuttgart-Vaihingen) und Kommunikations- und Infrastruktursysteme sowie eine Absage bezüglich des Einsatzes deutscher Soldaten in AWAKS-Aufklärer ein.

Die deutsche Bundesregierung zieht die ABC-Einheiten umgehend aus Kuwait ab. Die deutsche Bundesregierung ruft die Flotten-Einheiten am Horn von Afrika umgehend zurück.

